

Wir haben die Wahl

Sehr geehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege,

am 28. September wird in Bayern ein neuer Landtag gewählt. Glaubt man den letzten Meinungsumfragen, wird es spannend. Dass die CSU nach der Wahl noch einmal mit Zwei-Drittel-Mehrheit regiert, halten selbst überzeugte Parteigänger der Christsozialen für ausgeschlossen. Viele sind sich nicht einmal sicher, ob es überhaupt für eine absolute Mehrheit reicht. Insofern gilt mehr denn je der Satz: Jede Stimme zählt.

Beim Tag der Heilberufe haben wir im Juli den Spitzenpolitikern der Parteien auf den Zahn gefühlt. Schade, dass die Gelegenheit zur Diskussion nur von einer Handvoll Zahnärzten genutzt wurde. Woher rührt diese Politikverdrossenheit? In erster Linie wohl daher, dass die Heilberufe insgesamt von der Gesundheitspolitik der Großen Koalition und dem Agieren der bayerischen Staatsregierung unter Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber enttäuscht wurden.

Der Gesundheitsfonds, dem die CSU in Berlin zugestimmt hat, wohl wissend, dass damit erhebliche Beitragsgelder der gesetzlich Versicherten aus Bayern abfließen werden, ist da ein beredtes Beispiel. Unsere Argumente wurden vor der Beschlussfassung über die Gesundheitsreform nicht gehört. Nach dem Wechsel von Stoiber zu Beckstein agierte die Staatsregierung als Reparaturkolonne. Kurz vor Toresschluss gelang eine Befriedung der Hausärzte – für wie lange?

Mit solider Politik hat das nichts zu tun. Dem Wähler wird in der Gesundheitspolitik nach wie vor Sand in die Augen gestreut. Folgen der Demografie und des medizinisch-technischen Fortschritts werden negiert. Die Leistungsträger im System werden gnadenlos ausgebeutet, damit an anderer Stelle immer neue Wohltaten verkündet werden können – geriatrische Rehabilitation, Vater-Mutter-Kind-Kuren. Bezahlbar ist das alles längst nicht mehr. Auch die rund 2,7 Milliarden Euro, welche die Bundesregierung jetzt als Zuwachs für die ärztlichen Honorare versprochen



Michael Schwarz
Präsident der Bayerischen
Landeszahnärztekammer

hat, sind ein Wechsel auf die Zukunft. Die GOZ-Novelle wird zeigen, ob man auf solche Aussagen vertrauen darf.

Allerdings müssen sich auch die Heilberufe fragen, ob ihre Forderungen an die Politik in sich schlüssig sind. Haben wir im zahnärztlichen Berufsstand die Kraft, uns auf gemeinsame Anliegen zu verständigen? In weiten Teilen der gesetzlichen Krankenversicherung hat längst der Staat das Sagen, die Selbstverwaltung steht bloß noch auf dem Papier. Das hohe Lied auf Freiberuflichkeit und Selbstverwaltung tönt immer mehr in Moll. Daran ändern Hochglanzbroschüren und markige Worte hauptamtlicher Funktionäre gar nichts. Da sollte man auch den eigenen Mitgliedern keinen Sand in die Augen streuen.

Zur Wahlfreiheit zählt nicht nur die Stimmabgabe für den jeweiligen Kandidaten. Wir müssen uns auch entscheiden, in welchem System wir künftig arbeiten wollen. Dabei entscheidet die Politik über Rahmenbedingungen – alles andere ist unsere Entscheidung. Wir haben eben die Wahl.

Ihr Michael Schwarz